

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

03|2024



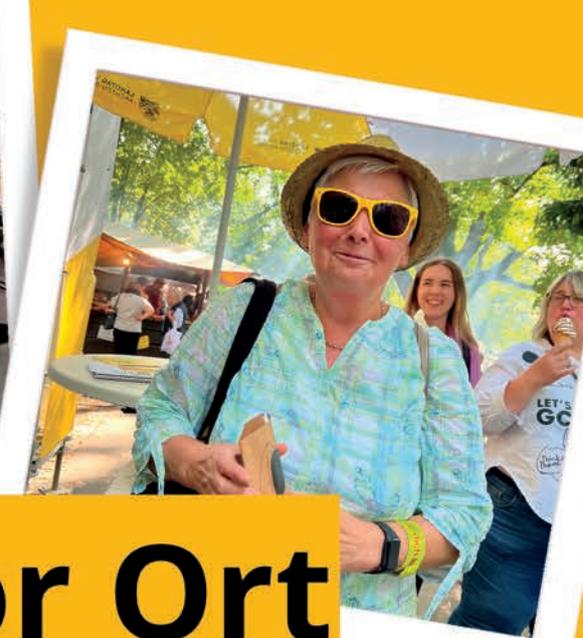
SEHNSUCHT NACH FREIHEIT

Feierlichkeiten im Landtag zu
„35 Jahre Friedliche Revolution“

INTEL: Wie geht es weiter mit dem Chipwerk in Magdeburg?
LANDTAG A.D.: 30 Jahre Parlamentarische Vereinigung
UNTERWEGS: Regionalfenster aus Sandersdorf-Brehna



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

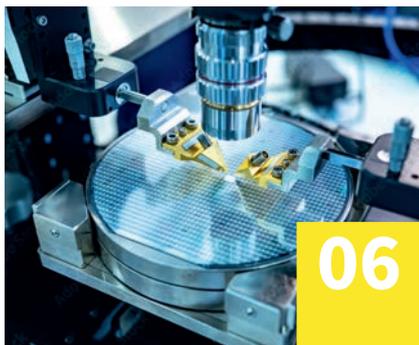


Landtag vor Ort

beim SAT in Stendal

Unter dem Motto „Mittelalter trifft Moderne“ hat in der Hansestadt Stendal vom 30. August bis 1. September 2024 der 23. Sachsen-Anhalt-Tag stattgefunden. Die Landtagsverwaltung und die sechs Fraktionen des Landtags waren wieder auf der Themenstraße „Weltoffenes Sachsen-Anhalt“ dabei.





HIGH-TECH-PARK PAUSIERT

Der Chip-Hersteller Intel hat den Bau seiner Fabrik in Magdeburg für zwei Jahre verschoben. Die Region hatte auf wirtschaftlichen Aufschwung und tausende zukunftssichere Arbeitsplätze gehofft. Im Plenum diskutierten die Abgeordneten, was die Verschiebung bedeutet.



ZEITZEUGEN ERINNERN SICH

In einem Gesprächsforum im Landtag von Sachsen-Anhalt trafen Anfang September 2024 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Ereignisse in der Prager Botschaft im Sommer/Herbst 1989 aufeinander und berichteten von ihren Erfahrungen von Flucht und Ankommen.



REGIONALFENSTER IN SANDERSDORF-BREHNA

Unweit von Bitterfeld liegt die Stadt Sandersdorf-Brehna, die das einstige Schmuttel-Image der Region längst abgelegt und sich zu einem attraktiven Wohn- und Industriestandort in der Metropolregion Mitteldeutschland gemausert hat.

AUS DEM PLENUM

07 | Gesetz für mehr Schutz vor Diskriminierung

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei es notwendig, das 2006 vom Bundestag erlassene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz mit einem Landesgesetz zu ergänzen.

08 | Angebote sind Gesetz

Die AfD-Fraktion wollte im September mit einem Antrag erreichen, dass Asylbewerber zur Arbeit verpflichtet werden. Die Landesregierung sollte ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Gegenwehr zu diesem Ansinnen kam von den anderen Fraktionen.

09 | Lehren aus den Waldbränden

Die jüngsten Waldbrände im Harz, Anfang September, haben den Einsatzkräften viel abverlangt. Um die Löscharbeiten auszuwerten und über die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen zu sprechen, hatte die CDU-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt.

EINBLICK

10 | Sehnsucht nach Freiheit

Mit einer Feierstunde, in der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die Festrede hielt, erinnerte der Landtag von Sachsen-Anhalt Anfang September 2024 an „35 Jahre Friedliche Revolution“ und die Ereignisse in der Prager Botschaft.

14 | Fest der Freiheit

Vor 35 Jahren vermittelte Hans-Dietrich Genscher die Ausreise von Flüchtlingen aus der Deutschen Botschaft in Prag.

RÜCKBLICK

16 | Menschen, die zu Opfern wurden

Als Landesbeauftragter von Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kümmert sich Johannes Beleites mit seinem Team um die Bewältigung vor allem des traurigen Erbes der DDR. Im Interview zieht er Bilanz zu den Veränderungen im Sommer und Herbst 1989.

18 | Pauenschlag nach der Wahl

Bei der Landtagswahl 1994 lagen CDU und SPD im Ergebnis fast gleichauf. Die schwierige Regierungsbildung führte im Landtag nach drei Wahlgängen um das Amt des Ministerpräsidenten zum sogenannten Magdeburger Modell.

18 | Direkte Demokratie für Bürger

Vor 30 Jahren hat der Landtag das „Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid“ beschlossen. Bisher wurden 15 Mal diese Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung genutzt.

26 | Das lebendige Gedächtnis

Seit 30 Jahren engagieren sich ehemalige Abgeordnete des Landtags in einem Verein, um mit ihren Erfahrungen die parlamentarische Demokratie zu fördern. Aktuelles Projekt: als Zeitzeugen in Schulen zu Gast sein.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

7.800 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dorothee Bodeweine (Ltg.), Stefanie Böhme,
Lea Brings, Beate Grau, Ulrich Grimm, Dr. Stefan
Müller, Gudrun Oelze, Michael Rahmfeld,
Wolfgang Schulz

Fotos & Grafiken

Titelseite: Stefanie Böhme
Seite 2: Stefanie Böhme
Seite 3: Grispb - stock.adobe.com (L),
Stefanie Böhme (M.), Gudrun Oelze
Seite 4: Lea Brings (o.), Die Linke (M.),
AfD-Fraktion LSA
Seite 6: Grispb - stock.adobe.com
Seite 8: DK_2020 - stock.adobe.com
Seite 9: Karsten - stock.adobe.com
Seite 10–11: Stefanie Böhme
Seite 12–13: Stefanie Böhme
Seite 14–15: Stefanie Böhme, Lea Brings
Seite 16: LZA Sachsen-Anhalt
Seite 18: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 19: Dr. Stefan Müller
Seite 20–23: Gudrun Oelze
Seite 24–25: Verlage CH.Links, Ipb Thüringen,
Mitteldeutscher Verlag, Droemer
Seite 26: Wolfgang Schulz
Seite 27: Landtag von Sachsen-Anhalt
Seite 28: Landtag von Sachsen-Anhalt

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

4. Oktober 2024. Dieses Magazin dient der Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Jedwede Form der Nutzung während eines Wahlkampfes (zum Beispiel Wahlwerbung) ist untersagt.

Landestag der Schulen mit Courage in Magdeburg



Der Landtag beteiligte sich mit einem Informationsstand am Landtag 2024.

Der von der Landeszentrale für politische Bildung durchgeführte Landtag „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ auf dem Magdeburger Domplatz stand am 18. September 2024 unter dem Motto „Couragiert, engagiert – wir sind mehr!“. Der Landtag beteiligte sich mit einem eigenen Info-Stand. Angeboten wurde Informationsmaterial über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Landesparlaments. Zugleich wurde darüber informiert, welche

Möglichkeiten bestehen, den Landtag zu besuchen und welche Veranstaltungsformate zur Verfügung stehen. Am Landtag 2024 nahmen 650 Jugendliche sowie 150 Lehrerinnen und Lehrer aus 100 Schulen teil, die bereits über das Zertifikat „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ verfügen. Neben einem Bühnenprogramm wurden 26 Workshops angeboten.

Ulrich Grimm

Abgeordnete Quade verlässt Partei und Fraktion

Die Abgeordnete Henriette Quade, Mitglied des Landtags seit der 6. Wahlperiode, hat den Austritt aus der Partei Die Linke vollzogen und folgerichtig auch ihre frühere Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt verlassen. Sie bleibt als fraktions- und parteilose Abgeordnete im Parlament. „Als Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt und als Antifaschistin werde ich weiter für unteilbare Menschenrechte und gegen Rassismus, Antisemitismus und die extreme Rechte kämpfen“, erklärte die Abgeordnete auf ihrer Website. Gemäß der Geschäftsordnung des Landtags will Henriette Quade als Abgeordnete ohne Zugehörigkeit zu einer Fraktion oder Gruppe künftig im Ausschuss für Inneres und Sport mitwirken. Die Fraktion Die Linke verfügt nun noch über elf Mitglieder.



Abgeordnete
Henriette
Quade

Dr. Stefan Müller

Sozialausschuss des Landtags hat einen neuen Vorsitzenden

In der ersten Ausgabe des Zwischenrufs in diesem Jahr wurde über die Abberufung des Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Ulrich Siegmund (AfD), berichtet. Im Anschluss nahm bis zum August dieses Jahres der Abgeordnete Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) diese Aufgabe wahr. Jetzt nahm die Fraktion erneut einen Wechsel vor und berief Gordon Köhler (AfD) als Ausschussvorsitzenden (zuvor Mitglied im Ausschuss für Bildung). Der 37 Jahre alte Verwaltungsfachwirt gehört dem Landtag seit 2021 an. Er ist gebürtiger Magdeburger, verheiratet und hat zwei Kinder.



Abgeordneter
Gordon Köhler

Ulrich Grimm

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

der Titel der Ihnen vorliegenden neuen Ausgabe des Landtagsmagazins gewährte schon einen ersten Hinweis darauf, dass der Herbst-ZwischenRuf 2024 mit einem besonderen Schwerpunktthema ausgestattet ist – mit einem Thema, das auch nach dreieinhalb Jahrzehnten die Gemüter gleichermaßen erhitzt und besänftigt, das alte Erwartungen neu entfacht und eben jene alten Erwartungen auch kritisch hinterfragen lässt.

Was ist aus dem Ruf nach Freiheit geworden, der im Sommer und Herbst 1989 durch die gesamte DDR zu hören war, in kleinen Gemeinden und in den großen Städten, in Zusammenkünften von wenigen und bei den Protestmärschen der Tausenden? In jenen Monaten des Jahres '89 war die Zeit des Bittens vorbei, hartnäckig gefordert wurde da die Freiheit – die Freiheit, sich selbst zu entfalten, zu wählen, wen man möchte, dorthin zu reisen, wohin es das eigene Herz zieht, sich loszulösen von staatlicher Willkür und Bevormundung, aber auch die Freiheit, einen Staat nach eigenem Ermessen zu gestalten.

Heute nennen wir diese Zeit Friedliche Revolution, damals war es eine Zeit der Ungewissheit und Angst, was geschehen würde, würde der Staat (vielleicht ein letztes Mal) seine Macht ausspielen, anstatt wieder nicht auf die Bedürfnisse seiner mündigen und doch nicht mündigen Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Ohne Blutvergießen führten die Menschen auf den Straßen, die Geflüchteten in den Botschaften und an den Grenzen, Leute aller Herkunft und gesellschaftlicher Schichten diese Revolution zum Erfolg. Es kam zum Abdanken – ja zum Sturz mit anschließender demokratischer Wahl! – eines Regimes.

35 Jahre bedeuten für einen Menschen oft ein halbes Leben – so lang ist sie her, diese

Friedliche Revolution, die zum Mauerfall und zum Ende der DDR und zum Beitritt dieses kleinen und doch für seine Bewohnerinnen und Bewohner so wichtigen Landes, dieser Heimat, zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland führte. In dieser Ausgabe lassen wir den Sommer und den Herbst 1989 – im damaligen Jetzt und im heutigen Gedenken eine so immens wichtige Zeit für die Menschen in der DDR, nein für alle Deutschen! – noch einmal Revue passieren.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hatte sich einem vielfältigen Erinnerungsprogramm verschrieben: So war Bundestagspräsidentin Bärbel Bas bei ihrem ersten Besuch im sachsen-anhaltischen Parlament Festrednerin bei unserer Feierstunde anlässlich „35 Jahre Friedliche Revolution“, Johannes Beleites, der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kommt in einem thematischen Interview zu Wort, Zeitzeugen wurden während unseres Gesprächsforums im Landtag zu ihren Erlebnissen in jener Zeit befragt. Und dann beteiligte sich der Landtag auch am Fest der Freiheit in der „Prager Botschaft“ (wie man gern vereinfacht sagt), in der der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 30. September 1989 bewegt und bewegend mitteilte, „dass heute Ihre Ausreise ...“ – mehr konnte er kaum noch sagen, bis seine Stimme im Jubel unterging. Diesen Jubel gilt es, auch heute zu bewahren.

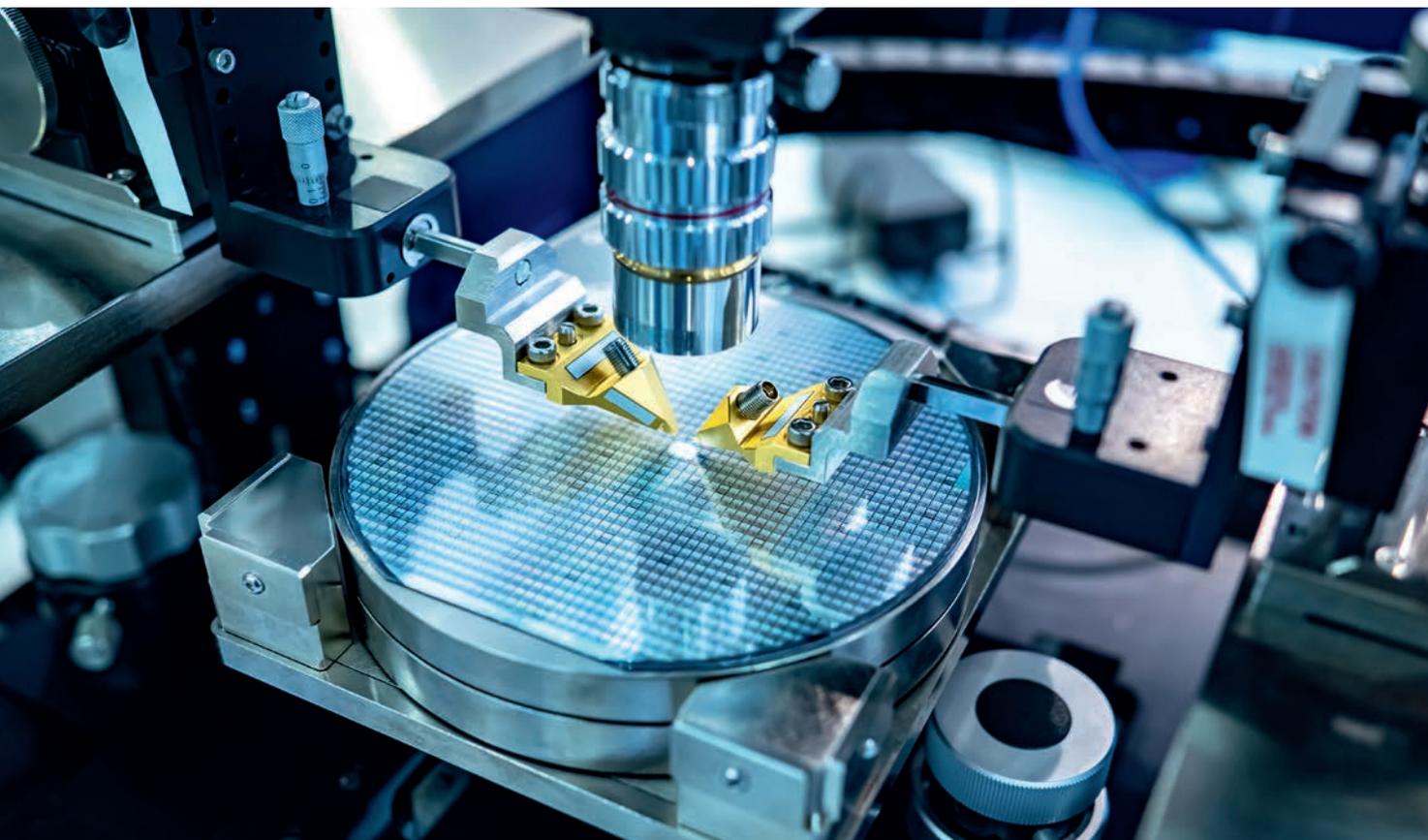
Was es noch weiteres Spannendes in den letzten Wochen im Land und im Landtag gab, erfahren Sie im Inhaltsverzeichnis! Viel Spaß beim Schmökern!

Ihre
ZwischenRuf-Redaktion



High-Tech-Park pausiert

Der Chip-Hersteller Intel hat den Bau seiner Fabrik in Magdeburg für zwei Jahre verschoben. Die Region hatte auf wirtschaftlichen Aufschwung und tausende zukunftssichere Arbeitsplätze gehofft. Im Plenum diskutierten die Abgeordneten, was die Verschiebung bedeutet.



Die Chip-Herstellung ist eine der bedeutendsten Schlüsseltechnologien dieser Tage.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff erklärte, es gehe nicht um die Förderung eines einzelnen Unternehmens, sondern um einen großen High-Tech-Gewerbepark. Die Nachricht von Intel über die verspätete Ansiedlung sei zwar „höchst bedauerlich“, Deutschland und die Europäische Union würden jedoch an ihrer grundsätzlichen Halbleiterstrategie festhalten. „Mit diesem High-Tech-Park haben wir ein absolutes Filetstück, das in Europa einmalig ist“, betonte Haseloff. Es werde diesen Park geben und nun müssten auch Firmen und Start-Ups dort angesiedelt werden. „In den letzten drei Jahren

haben wir mit diesem Projekt gezeigt, was wir können, daran sollten wir festhalten und selbstbewusst in die Zukunft blicken!“

Der globale Wettbewerb in der Halbleiterindustrie sei weltweit sehr intensiv. Die Intel-Ansiedlung wäre eine „Riesenchance für Sachsen-Anhalt“, der Einsatz auf allen politischen Ebenen daher richtig gewesen, meinte Eva von Angern (Die Linke). Anders, als immer von der Regierung behauptet, hätte man es jedoch nie wirklich aktiv in der Hand gehabt. Jetzt müsse die Landesregierung erklären, warum sie an welcher Stelle

in Vorleistung und wo möglicherweise Steuergelder verloren gegangen seien, obwohl die Schwierigkeiten bekannt gewesen seien. Von Angern warnte: „Man kann nicht gleichzeitig auf Intel warten und einen Gewerbepark vermarkten, der nichts mit der Halbleiter-Industrie zu tun hat!“

Nach Ansicht von Tobias Rausch (AfD) handle es sich bei der Nachricht von Intel nicht um eine Verzögerung, sondern eher um eine Absage auf Raten. Die führenden Kapitalmarktanalysten würden eine Ansiedlung stark bezweifeln, so der AfD-Abgeordnete. Aufgrund der

fehlenden Transparenz in dem ganzen Verfahren sei es wichtig, die vielen offenen Fragen in einem Untersuchungsausschuss zu klären, so Rausch. Außerdem kritisierte er den Ministerpräsidenten direkt, dieser sei offenbar nicht mehr „Herr der Lage“.

Stadt, Land und Bund hätten unter dem Strich alles richtiggemacht, betonte Dr. Katja Pähle (SPD). Dies bleibe als Zwischenstand, egal, wie es mit der Intel-Ansiedlung weitergehe. Jetzt brauche es einen Übergangsplan, sodass die Chancen für 2026 gewahrt würden. „Die Ansiedlung von Intel ist unsere Mondlandung“, zu dieser früheren Aussage, stehe er noch heute, sagte Dr. Falko Grube (SPD). Intel sei in den vergangenen Jahren der „rote Teppich“ ausgerollt worden. Jetzt forderte er vom Chip-Hersteller: „Wir brauchen Gewissheit!“, das könne man in einer guten Partnerschaft erwarten. Denn die Zukunft ohne Intel-Ansiedlung sehe in Magdeburg ganz anders aus als mit.

Wulf Gallert (Die Linke) erklärte, die Entscheidung von Intel stehe unter der Überschrift „America first“. Daher müsse man sich als Europäische Union davon verabschieden, zu glauben, dass die USA diese Halbleiter-Industrie zukünftig gemeinsam mit Europa und Deutschland gestalten wolle. Intel habe sich für Magdeburg entschieden, da es hier einen riesigen Gewerbepark zur Verfügung gestellt bekommen habe. Jetzt sei die Frage, ob man zwei Jahre warten wolle, ob Intel komme oder selbst aktiv werde. Gallert forderte: „Entwickelt diesen Hightech-Park und zwar ohne den Anker-Investor Intel. Wir haben keine Zeit mehr!“

„Ziel ist es, Sachsen-Anhalt zu einem wettbewerbsfähigen Industriestandort zu machen“, konstatierte Andreas Silbersack (FDP). Das Projekt sei eingebettet in eine Weltstrategie des Chip-Herstellers Intel. Stand heute: „Niemand hat gesagt, wir sagen ab!“ Entscheidend sei, wie man mit dieser Verzögerung umgehe.

Aufgabe der Politik wäre es, der Bevölkerung Mut zu machen und positiv in die Zukunft zu blicken. Außerdem habe der Ansiedlungsstandort Magdeburg, allein durch die Intel-Entscheidung zur Ansiedlung, an fast unbezahlbarem Renommee gewonnen.

Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte, für Magdeburg ergebe sich aus dem verzögerten Baustart die unangenehme Situation, dass die Gesamtentwicklung faktisch auf Eis liege. „Wir stehen zu dem Investment, brauchen aber Klarheit!“ Intel sei zwar die große Chance, sich an die Spitze wirtschaftlicher Entwicklung zu setzen, aber auch eine Absage wäre keine Katastrophe. Wie fast alle Vorredner übte der Grünen-Abgeordnete Kritik an der Forderung des Bundesfinanzministers Lindner. Dieser hatte sofort nach Bekanntwerden der Nachricht, via Nachrichtendienst X, die Intel-Fördergelder für sich zurückreklamiert.

Die Unternehmensentscheidung von Intel eigne sich nicht für Spott, Häme und Schadenfreude, kritisierte Ulrich Thomas (CDU). Seiner Ansicht nach sollten alle gemeinsam weiter an die Chance glauben. „Wir sind auf der Weltkarte der Investoren angekommen!“ Die Kritik über nicht vorhandene Transparenz bei der Ansiedlung wies er zurück. Der CDU-Abgeordnete zeigte sich optimistisch, dass Intel in zwei Jahren kommen werde, da sonst der Platz für andere Konkurrenten frei wäre. „Intel ist und bleibt eine große Chance für dieses Land und daran werden wir festhalten“, so Thomas abschließend.

Am Ende der verbundenen Debatte wurden keine Beschlüsse gefasst. Grundlage für die Debatte war eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff. Die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion Die Linke wurden – anders als zunächst angekündigt – nicht im Detail debattiert.

Stefanie Böhme

Gesetz für mehr Schutz vor Diskriminierung

Der von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Gesetzentwurf zielt auf „die tatsächliche Herstellung und Durchsetzung von Chancengleichheit, die Verhinderung und Beseitigung jeder Form von Diskriminierung sowie die Förderung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt.“ Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) argumentierte, das 2006 vom Bund erlassene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umfasse nicht jede Alltagssituation, insbesondere, wenn Bürgerinnen und Bürger Kontakt mit staatlichen Stellen hätten (Ämter, Behörden, Bildungsbereich), gebe es Lücken. Das europäische Recht sehe jedoch vor, dass die Menschen auch vor Diskriminierung von Behörden zu schützen seien. In Sachsen-Anhalt gebe es dazu noch keine landesrechtliche Regelung. Im Gesetzentwurf habe seine Fraktion den „Diskriminierungskatalog“ um einige Merkmale erweitert, zudem schlage sie die Einrichtung einer Ombudsstelle und eines Fonds vor, um Opfer zu entschädigen.

Die Fraktion Die Linke begrüßte den Gesetzentwurf, die CDU-Fraktion und AfD-Fraktion hielten ihn dagegen für unnötig, da das AGG bereits alle möglichen Fälle regle. Im Gegenteil, es handle sich um einen „Angriff auf alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten“ (CDU). Auch die FDP-Fraktion bezweifelte den Nutzen eines Landesgesetzes. Die Regierung solle daran arbeiten, dass es erst gar keine Diskriminierung seitens der Behörden gebe. Gleichstellungsministerin Petra Grimm-Benne (SPD) räumte die Schwäche des AGG ein, für weitere Maßnahmen setzt sie jedoch auf den Bund. Die SPD-Fraktion sah das etwas anders: Entweder der Bund ändere das AGG oder es werde ein eigenes Landesgesetz eingeführt. Der Gesetzentwurf wurde federführend in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen.

Stefanie Böhme

Angebote sind Gesetz

Die AfD-Fraktion wollte im September mit einem Antrag erreichen, dass Asylbewerber zur Arbeit verpflichtet werden. Die Landesregierung sollte ein entsprechendes Konzept erarbeiten. Gegenwehr zu diesem Ansinnen kam von den anderen Fraktionen.

Die Forderung seiner Fraktion müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, sagte Ulrich Siegmund (AfD). Es müsse ein Zeichen für die Leistungsgesellschaft gesetzt werden, man müsse weg von den sozialen Anreizsystemen. Der Wirtschaftsmigration müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Die Rechtslage für Leistungskürzungen gebe es bereits, sie müsse nur angewendet werden. Einsatzbereiche für Betroffene wären beispielsweise bei der Grünflächenpflege, der Straßenreinigung oder als Erntehelfer zu finden.

Der Antrag der AfD zeige eine erschütternde Unkenntnis darüber, was seit Jahrzehnten im Bereich der Arbeit für Asylbewerber im Land praktiziert werde, erklärte Innenministerin Dr. Tamara Zieschang (CDU). Seit 1993 sei es möglich, Asylbewerbern Arbeit zur Verfügung zu stellen. Für die entstehenden Kosten komme das Land auf. Leistungsberechtigte seien kraft Gesetz verpflichtet, eine angebotene Stelle anzunehmen; wer sie ohne wichtigen Grund verweigere, dem würden die Leistungen eingekürzt.

Arbeitsgelegenheiten seien ein wichtiges Instrument, mit dem Asylbewerbern gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zugewiesen werden können, heißt es im Alternativantrag der Koalition. Dieser zielte darauf, die Landesregierung, die Landkreise und Kommunen sowie gemeinnützige Träger in ihrem Handeln zu bestärken. Die Leistungsempfänger erhielten hierdurch eine sinnstiftende Aufgabe, in die sie ihre Potenziale und Erfahrungen einbringen könnten und die ihrem Tagesablauf Struktur gebe, erklärte Heide Richter-Airijoki (SPD). Die AfD aber zeichne ein Bild des Migranten



Asylbewerberinnen und Asylbewerber können sich im Sinne einer Arbeitsgelegenheit beispielsweise in der Grünflächenpflege einbringen.

als Sozialschmarotzer, das jedoch nicht der Wahrheit entspreche.

Wer wolle, dass Geflüchtete und Asylsuchende ihren Lebensunterhalt selbst verdienen, der müsse den Weg auf den Arbeitsmarkt so schnell wie möglich gestatten, betonte Henriette Quade (Die Linke). Die nach Deutschland gekommenen Menschen müssten schnell gute Gründe finden, hier arbeiten und leben zu wollen; so könnten der Verwaltungsaufwand gesenkt und staatliche Ausgaben reduziert werden. „Wir brauchen keinen Arbeitszwang, wir brauchen gleiche Rechte für alle.“

Das bestehende Instrumentarium müsse genutzt werden, aber nicht unbedingt da, wo man in eine Konkurrenzsituation mit Unternehmen eintrete, sagte Guido Kosmehl (FDP). Man müsse diejenigen unterstützen, also Kommunen und Institutionen, die dieses Instrumentarium für sinnvolle Aufgaben einsetzten.

Menschen, die in Deutschland ein neues Leben beginnen wollten, möchten sich durch Arbeit, Engagement und gesell-

schaftliche Teilhabe einbringen, hierfür sei ein Integrationspfad notwendig, zeigte sich Sebastian Striegel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) überzeugt. Die Bundesregierung solle weiterhin Hürden bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten abbauen, dieser Ansatz war zugleich Inhalt eines Änderungsantrags der Grünen zum Alternativantrag der Koalition.

Die CDU lebe den Grundsatz „Fördern und Fordern“, betonte Kerstin Godenrath (CDU), die gesetzlichen Regelungen böten Vorteile für beide Seiten. Eine gute Hilfe sei der Leitfaden „Arbeitsgelegenheiten“ der Landesregierung für die Kommunen des Landes. Der Antrag der AfD laufe indes ins Leere. Man müsse nur an alle Kommunen und Landkreise appellieren, die bestehenden Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Im Anschluss an die Debatte wurde der Antrag der AfD-Fraktion abgelehnt. Der Änderungsantrag der Grünen zum Alternativantrag der Koalition fand ebenfalls keine Mehrheit. Dem unveränderten Alternativantrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Dr. Stefan Müller

Lehren aus den Waldbränden

Die jüngsten Waldbrände im Harz, Anfang September, haben den Einsatzkräften viel abverlangt. Um die Löscharbeiten auszuwerten und über die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen zu sprechen, hatte die CDU-Fraktion eine Aktuelle Debatte beantragt.

Fraktionsübergreifend waren sich alle Abgeordneten einig, dass die Einsatzkräfte bei den jüngsten Waldbränden eine hervorragende Arbeit geleistet hätten und sie alle dankten ihnen ausdrücklich in ihren Redebeiträgen. Dies hätte vor allem an der Umsetzung der Wernigeröder Erklärung gelegen, wodurch der Brand besser koordiniert werden konnte. Olaf Feuerborn (CDU) lobte die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Offen sei nun vor allem die Frage, wer für die hohen Kosten aufkomme, dies dürfte nicht zulasten der Kommunen gehen. Feuerborn schlug außerdem vor, noch einmal grundsätzlich darüber zu reden, ob zumindest das Totholz im Gebiet rund um Schierke entfernt werden könnte. Wolfgang Aldag (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sah das anders: Obwohl es Risiken gebe, sei es wichtig, das Totholz liegen zu lassen, da es wichtige Funktionen für das Ökosystem habe. Bei der Brandprävention müssten zukünftig aktuelle Forschungsergebnisse ausgewertet und genutzt werden. Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) verwies unter anderem auf den Nutzen eines eigenen kleinen Löschflugzeugs im Landkreis. Trotz Kritik sei nun festgestellt worden, dass in den vergangenen Monaten bereits viele kleine Feuer damit bekämpft und verhindert werden konnten. Eine Chance für die Zukunft sieht er bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz zur Bekämpfung und beim Erkennen von Waldbränden.

Die Kommunen und Feuerwehren forderten schon länger vereinfachte und praxisnahe Regelungen bei der Brandbekämpfung, kritisierte Daniel Roi (AfD) und nannte zum Beispiel die Definition

einer Großschadenslage und eine klare Regelung zur Kostenübernahme. Die Stadt Wernigerode rechne nach dem Brand mit Kosten von bis zu 3 Millionen Euro. Andere Bundesländer hätten hier längst zeitgemäße Regelungen getroffen. Zudem gebe es einen gigantischen Investitionsstau in den Feuerwehrwachen, monierte der AfD-Abgeordnete. Elrid Pasbrig (SPD) und Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erinnerten daran, dass die Harzer Schmalspurbahn trotz aller Tradition ein Risiko für Waldbrände sei. Lüddemann stellte die kritische Frage, warum die Bahnen am Brand-Tag mit Dampf gefahren seien, obwohl die Waldbrandgefahr bereits höher war. Pasbrig verwies darauf, dass es bei der Schmalspurbahn Überlegungen gebe, zukünftig auch alternative Antriebsmöglichkeiten zu nutzen. Ihr Fraktionskollege Rüdiger Erben (SPD) brachte den Aspekt von alten Kampfmitteln ein, große Teile lägen in unseren Wäldern. Wegen der

Brand- und Explosionsgefahr gebe es dringenden Handlungsbedarf.

Kathrin Tarricone (FDP) ging unter anderem auf verschiedene präventive Maßnahmen ein, die in den letzten Jahren erfolgt seien, wie beispielsweise die Ausstattung der Brockenbahn mit einem Löschwagen oder digitale Waldbrandeinsatzkarten. Andreas Henke (Die Linke) meinte: Obwohl vieles bei den jüngsten Waldbränden im Harz bereits gut geklappt habe, gebe es seitens der Einsatzkräfte vor Ort Verbesserungswünsche. So brauche es beispielsweise ein Waldbrand-Früherkennungssystem, eine verbindliche Bereitschaftsregelung von Mitarbeitenden der Nationalparkverwaltung, Abstellflächen innerhalb des Parks für bestimmte Einsatzfahrzeuge sowie regelmäßige Großübungen aller Beteiligten.

Am Ende der Aktuellen Debatte wurden naturgemäß keine Beschlüsse gefasst.

Stefanie Böhme



Die Abgeordneten diskutierten über die jüngsten Waldbrände in Sachsen-Anhalt, insbesondere im Harz.

Sehnsucht nach Freiheit

Mit einer Feierstunde, in der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die Festrede hielt, erinnerte der Landtag von Sachsen-Anhalt Anfang September 2024 an „35 Jahre Friedliche Revolution“ und die Ereignisse in der Prager Botschaft.



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas trug sich im Beisein von Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger ins Gästebuch des Landtags ein.

Sommer und Herbst 1989 waren in der DDR geprägt von einem gesellschaftlichen Wandel, der später als Friedliche Revolution in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Der SED-Staat hatte lange schon ausgedient, doch die Machthaber hielten vehement an der Lenkung des Staates fest. Dies änderte sich nun: Die Bürgerinnen und Bürger wollten die Bevormundung und Miswirtschaft, die Überwachung und Drangsalierung des Staatsapparats nicht mehr hinnehmen und gingen erst zu wenigen, dann zu Tausenden, zuletzt zu Hunderttausenden auf die Straßen im ganzen Land. Eine Revolution ohne Waffen vollzog sich da – und die Staatsmacht kapitulierte schließlich. Der Weg war frei für eine Neuausrichtung des kleinen Landes im Herzen Europas – bis die

Ereignisse sich ein weiteres Mal überschlugen und aus „das Volk“ wieder „ein Volk“ wurde.

„Das Beispiel der Menschen in den Botschaften in Prag und Warschau leuchtet bis in unsere Tage“, sagte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger, dieser Mut zur Freiheit sei heute nicht minder wichtig als vor 35 Jahren. Die Friedliche Revolution ist das wichtigste Ereignis unserer jüngeren Demokratiegeschichte“, erklärte der Landtagspräsident. „Dass diese Revolution gelang, ist unser Glück“, wir seien aber allesamt gefordert, uns für die errungene Demokratie zu engagieren. „Der Osten tickt anders“, räumte Schellenberger ein, viel hätten die Menschen in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten lernen müssen.

Die Situation in der Prager Botschaft hatte sich im Herbst 1989 immer weiter zugespitzt: die Gesundheitslage ist kritisch, das Wasser ist knapp, die Menschen schlafen in Zelten und im Treppenhaus, die Verantwortlichen haben die Befürchtung, dass die Lage eskalieren könnte – so rekapitulierte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas das historische Geschehen in Prag im September 1989. Zur gleichen Zeit engagierten sich Menschen in der DDR dafür, den eigenen Staat zu verändern. Sie seien zuhause auf die Straße gegangen, hätten demonstriert und gezeigt, dass sie etwas bewirken wollten.

In dieser Situation sei Hans-Dietrich Genscher in der Botschaft eingetroffen, etwas Bedeutsames müsse wohl geschehen. Er verkündete die Ausreise



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas während ihrer Festrede am Rednerpult im Plenarsaal.



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas während ihrer Rede im vollbesetzten Plenarsaal des Landtags von Sachsen-Anhalt.

der Geflüchteten. „Die Erleichterung der Menschen verspürt man auch heute noch, wenn man die Aufnahmen anschaut.“ Die friedliche Lösung der Situation in Prag sei ein Glücksfall der Geschichte gewesen, betonte Bas. Die Zukunft der Menschen sei ihnen ungewiss gewesen. „All das geschah vor den Augen der Welt.“

Hans-Dietrich Genscher habe einen großen Anteil an der Lösung des Konflikts getragen – auch durch seine Herkunft. Er war in Halle (Saale) geboren worden und aufgewachsen. Mit viel Diplomatie habe er die DDR-Führung dazu gebracht, die Geflüchteten ziehen zu lassen. Mit seinem Wort habe er für die Sicherheit der Menschen gebürgt. „Die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit ist nicht zu unterschätzen“, dies sei eine der Weisheiten aus jener Zeit, so die Bundestagspräsidentin. Unser Land sei ein Sehnsuchtsort und ein Vorbild für die Menschen in der ganzen Welt.

Mit einem hohen persönlichen Einsatz hätten die Menschen der DDR für die Demokratie gekämpft, damit hätten sie ganz Deutschland einen großen Dienst erwiesen. Dieses Erbe dürfe nicht von Demokratiefreunden missbraucht werden.

Heute seien viele Menschen unzufrieden, aktuelle Krisen verunsicherten die Menschen. Doch unsere Demokratie sei stark, sie sei lernfähig und wehrhaft gegen alle, die ihr schaden wollten. „Mehr miteinander als übereinander sprechen“, das war Bärbel Bas' Wunsch für das Jahr 36 nach der Friedlichen Revolution.

Die DDR sei, wie allen bewusst gewesen sei, trotz des Namens kein demokratischer Staat gewesen, erinnerte Johannes Beleites, Landesbeauftragter in Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zum Teil über Westmedien hätten die Menschen in der DDR von oppositionellen Aktionen, auch von den Geflüchteten in den Botschaften in Polen oder der Tschechoslowakei erfahren. Er selber aber habe „hierbleiben wollen“, „wir wollten hier etwas verändern, jeder, der wegging, fehlte“, sagte Beleites.

„Wir wurden belohnt!“, ergänzte der Landesbeauftragte, die Ausgereisten mit einer grandiosen Willkommensfeier in der Bundesrepublik, die Hiergebliebenen „mit der schönsten Zeit der DDR, ihrem Ende“. Es habe während der Oktober-Demonstrationen (in Leipzig) trotz Glasnost und Perestroika

Angst vor der „Chinesischen Lösung“ gegeben. Aber dann hätten viele Städte in der DDR ihren eigenen 9.-Oktober-Moment erlebt.

„Demokratie ist, wenn die unterschiedlichen Meinungen der Menschen sich im Parlament abbilden“, betonte Beleites. Man müsse wieder mehr miteinander reden, die Gräben der Gesellschaft dürften nicht noch weiter aufreißen. „Wir können stolz darauf sein, was wir 1989 vollbracht haben“, meinte der Landesbeauftragte. Auch heute gelte es: „Demokratie: Jetzt und auch in Zukunft.“

Die Veranstaltung wurde bereichert durch die Anwesenheit zweier Schulklassen – aus dem Friedrich-Schiller-Gymnasium Calbe/Saale und der Integrativen Gesamtschule Willy Brandt Magdeburg – und musikalisch umrahmt von Sylvia Oswald und Nick Jagenholz.

Dr. Stefan Müller

Die Feierstunde im Live-Mitschnitt



Zeitzeugen erinnern sich

In einem Gesprächsforum im Landtag von Sachsen-Anhalt trafen Anfang September 2024 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Ereignisse in der Prager Botschaft im Sommer/Herbst 1989 aufeinander und berichteten von ihren Erfahrungen von Flucht und Ankommen.



Das Ehepaar Ulrike und Jens Schlicht erzählte seine Geschichte zur Flucht über die deutsche Botschaft in Prag im Herbst 1989.

Sommer und Herbst 1989 markieren ein außergewöhnliches und bewegendes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte. Es ist geprägt von Demonstrationen in zahlreichen Städten der DDR, die immer mehr Menschen anzogen, die friedlich gegen die SED-Diktatur protestieren. Neben dem Ruf nach Freiheit und Demokratie entschieden sich Tausende Bürgerinnen und Bürger im Sommer 1989 zur Flucht und verließen über die ungarisch-österreichische Grenze und später vor allem über die Botschaft in Prag ihr Heimatland.

Ohne die Geflüchteten wäre die Friedliche Revolution womöglich anders verlaufen, mutmaßte Johannes Beleites, Moderator des Gesprächs und Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Sachsen-Anhalt, denn sie hätten einen besonderen Druck auf die DDR-Führung ausgeübt. Die ganze Welt schaute beispielsweise auf die Geschehnisse in der Prager Botschaft, wo Tausende DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf eine Ausreise in die Bundesrepublik hofften. Vier dieser Zeitzeugen begrüßte Beleites in dem Gesprächsforum im Landtag.

„Unsere kleine Familie ist 1989 aus Osterburg, damals Kreisstadt im Bezirk Magdeburg, über Prag in die BRD geflohen“, berichtete Dr. Rolf Mahlke. Viele im Umfeld hätten erst nicht verstanden, warum sie „abgehauen“ waren, ihnen sei es doch gutgegangen?! Zwar sei die eigene Ausbildung zum Zahnarzt kostenlos gewesen, „aber dann waren wir einfach über, und wir haben keine Perspektive gesehen, dass es besser wird“. Und nur hundert Kilometer weiter westlich sei alles möglich gewesen – „und dann fährt man eben nach Prag“. Mahlkes reisten



o. l.: Dr. Rolf Mahlke berichtet von seiner Flucht über die Botschaft in Prag.

o. r.: Im Gesprächsfourm im Restaurant des Landtags wurden die Ereignisse vom Sommer und Herbst 1989 noch einmal mit Leben erfüllt.

u. l.: Zeitzeuge Gunter Raecke präsentierte ein Erinnerungsstück an seine Flucht über die Prager Botschaft: Eine Fahne des Deutschen Roten Kreuzes mit zahlreichen Unterschriften wichtiger Politiker und Weggefährten.

über die deutsche Botschaft in Prag in die Bundesrepublik aus. Angesprochen auf die Einfahrt im westdeutschen Hof, sagte Rolf Mahlke: „Da weinte man vor Glück.“

Dr. Jens Schlicht wurde in Magdeburg geboren und wuchs dort auch auf. Er und seine Frau Ulrike entschieden sich für die Flucht in den Westen. Bei beiden war der Unmut über die Unfreiheit und Indoktrination der Menschen in der DDR, insbesondere schon der (eigenen) Kinder, ins Unerträgliche ausgewachsen. „Wir wollten etwas anderes für unsere Kinder“, erinnerte sich Ulrike Schlicht. Sie selbst war bereits im Januar 1989 in den Westen gereist und hatte die Möglichkeit, ihre Eltern zu besuchen. Sie blieb dann dort, Ehemann Jens und die beiden Kinder folgten ihr später – über Prag – nach. Eine Tour de Force über mehrere Monate, die oft in Ungewissheit über das, was kommen würde, habe überstanden werden müssen.

Gunter Raecke war einst ein erfolgreicher Gaststättenleiter, bis die politische Führung ihn schasste und ihm und seiner Frau das Leben schwermachte. „Ich war immer sehr offen und direkt, das hat nicht jedem gefallen, und auf einmal kam die fristlose Kündigung.“ Sie seien dagegen gerichtlich vorgegangen, hätten aber zunächst kein Recht bekommen. Als ein Berliner Gericht die vorherigen Urteile aufhob, hätten Raeckes wieder als Gaststättenleiter arbeiten dürfen, die Politik vor Ort habe sich allerdings nicht um das Urteil geschert. Man hätte dann unlängst andere Arbeiten angenommen, „aber eine Perspektive haben wir nicht mehr gesehen, also dachten wir: jetzt oder nie!“ So hätten sie sich auf den Weg nach Prag gemacht.

Tausende DDR-Bürgerinnen und -Bürger konnten auf Bestreben des damaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher (selbst in Halle [Saale] geboren)

die Prager Botschaft in Richtung Bundesrepublik verlassen. Seinen berühmt gewordenen Besuch in der Botschaft machte er am 30. September 1989, am Abend sprach er hier auf dem Balkon die unvergesslichen Worte „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ (Jubel) – der Rest ist Geschichte. Das Gesprächsforum im Landtag hat diese ins kollektive Gedächtnis eingedrungenen Ereignisse 35 Jahre später noch einmal mit Leben erfüllt.

Dr. Stefan Müller

Das Gesprächsforum im Live-Mitschnitt







Fest der Freiheit

35 Jahre Friedliche Revolution

Hans-Dietrich Genscher, Sachsen-Anhalt und Prag – das ist eine besondere Verbindung. Denn der ehemalige Bundesaußenminister war gebürtiger Hallenser und hat am 30. September 1989 vom Balkon der deutschen Botschaft in Prag Tausenden DDR-Flüchtlingen den langersehnten Weg in die Freiheit ermöglicht. Die deutsche Botschaft in Prag erinnert alle fünf Jahre mit einem Fest der Freiheit an dieses historische Ereignis, erstmals ist in diesem Jahr der Landtag von Sachsen-Anhalt Mitveranstalter.

„Wir feiern den Sieg der Freiheit“, sagte der deutsche Botschafter in der Tschechischen Republik, Andreas Künne, bei der offiziellen Eröffnung des Fests der Freiheit. Die Botschaftsflüchtlinge hätten unter teils unmenschlichen Bedingungen im Garten der Botschaft ausgeharrt, um aus der DDR zu fliehen. Von der Prager Botschaft sei vor 35 Jahren ein Funke ausgegangen, der Einfluss auf den Fall des Eisernen Vorhangs nur wenige Wochen später gehabt habe, betonte Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger. Damit sei das Palais Lobkowitz ein bedeutender Ort der Demokratieggeschichte.

Beim Tag der offenen Tür im Garten der Prager Botschaft präsentierte sich Sachsen-Anhalt unter anderem mit seinem reichen UNESCO-Weltkulturerbe, regionalen Tourismusangeboten und dem Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation in Halle (Saale). Der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Johannes Beleites, war mit einer Ausstellung über das Schicksal von Prager Botschaftsflüchtlingen dabei. Zum Abschluss des Tages projizierte der Künstler Stefan Haberkorn die Lichtshow „The Awakening of Freedom“ an die Fassade der Botschaft.

Stefanie Böhme



Menschen, die zu Opfern wurden

Als Landesbeauftragter von Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kümmert sich Johannes Beleites mit seinem Team um die Bewältigung vor allem des traurigen Erbes der DDR. Im Interview zieht er Bilanz zu den Veränderungen im Sommer und Herbst 1989.

Zwischenruf: Im Sommer 1989 haben Sie in Leipzig Ihr Abitur abgelegt, welche Erinnerungen haben Sie an die damalige Stimmung?

Johannes Beleites: Persönlich war es ein bescheidenes Glück: Nach vier vergeblichen Anläufen und politisch bedingter Nichtzulassung zum Abitur hatte ich es jetzt endlich erreicht – mit vier Jahren Verspätung. Doch gleichzeitig wurde mir der Zugang zum Jurastudium verweigert. Aus damaliger Perspektive war es eine bleierne Zeit. Niemand wusste, welche ungeheuren Veränderungen uns unmittelbar bevorstanden. Dennoch war es eine Hochzeit der politischen Witze, die Zeitungen überboten sich unfreiwillig mit Realsatire. Man hätte ahnen können, dass das so nicht endlos weitergehen konnte. Und viele fuhren nach Ungarn – und redeten vorher mit niemandem darüber.

Was war im Sommer 1989 anders als in den Sommern 1987 oder 1988? Was brachte das Fass zum Überlaufen?

Das mit dem Fass muss man umgekehrt betrachten. Der Tropfen in Form oppositioneller oder bürgerrechtlicher Gruppen war schon lange drin. Aber plötzlich kam ein großer Schwall hinzu: Die Ausreisepetitionäre. Sie hatten nichts mehr zu verlieren, ihnen waren Neubauwohnung, Farbfernseher oder Trabi-Bestellung egal, sie waren sogar bereit, den Jobverlust, soziale Ausgrenzung und schlimmstenfalls sogar Verhaftung und Gefängnis zu riskieren und gingen mit den Oppositionsgruppen auf die Straße und stellten die bisher fehlende kritische Masse. Und die tat-



Johannes Beleites wurde am 21. Februar 2024 vom Landtag zum Landesbeauftragten gewählt.

sächliche Situation hatte sich ja spürbar verschlechtert: Während Gorbatschow in der Sowjetunion Liberalisierung praktizierte, verboten die SED-Betonköpfe die sowjetische Zeitschrift Sputnik, praktizierten offene Wahlfälschung bei den letzten realsozialistischen Kommunalwahlen und jubelten gar dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking zu.

Als Montagsdemo-Hotspot ist vor allem Leipzig im kollektiven Gedächtnis. Große Kundgebungen gab es auch in Magdeburg. Doch wie sah es im restlichen Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts aus, gab es auch

kleine Proteste in Städten und Dörfern?

Natürlich wurde fast überall demonstriert. Die Leute fuhren montags nach Leipzig und probierten es anschließend an ihren Wohnorten aus. Und fast überall gab es im Oktober 1989 echte Bedrohungssituationen. In Leipzig war es der 9. Oktober, der letztlich friedlich ausging und den eigentlichen Sieg der Friedlichen Revolution markiert; in Halle und in Magdeburg war am 9. Oktober alles noch sehr angespannt. Im Oktober und November fanden Friedensgebete und Demonstrationen auch in Dessau, Naumburg, Halberstadt, Wolfen, Wittenberg,

Stendal, Genthin, Salzwedel, Zeitz und an vielen anderen Orten statt. In Quedlinburg ist man heute noch stolz darauf, dass bezogen auf die Einwohnerzahl im Herbst 1989 mehr Demonstranten auf der Straße waren als in Leipzig.

Heute klingt es beinahe unglaublich, dass es im Überwachungsstaat DDR wieder und wieder zu solchen Demonstrationen gekommen ist. Wie haben die Menschen die Proteste organisiert?

Klingt aus heutiger Perspektive unglaublich, aber auch ohne WhatsApp, Signal oder Telegram kann man sich verabreden. Es waren Termine, die lange vor dem Herbst 1989 standen: In Leipzig gab es immer montags 17 Uhr Friedensgebete in der Nikolaikirche – schon seit Anfang der 1980er Jahre. In Magdeburg traf man sich regelmäßig zum Friedensgebet vorm Barlach-Mahnmal im Dom, in Halle in der Marktkirche, in Halberstadt in der Martinikirche, an anderen Orten zu anderen Zeiten. In den kleineren Orten etablierten sich ebenfalls feste Demonstrationszeiten, nicht selten ausdrücklich nicht montags, damit man dann nach Leipzig fahren konnte.

Was waren die Ziele der Demonstrierenden 1989?

Zunächst wollten die Protestanten ihren Unmut mit dem von ihnen erlebten Staat ausdrücken: Fehlende Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, der Mangel an Demokratie, freien Wahlen, Pressefreiheit und gesellschaftlichem Diskurs nahm ihnen die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Anfangs de-

monstrierte man gegen etwas, gegen die Diktatur eines greisen Politbüros, gegen Repression durch Stasi und Volkspolizei, später demonstrierte man für etwas: Für Demokratie, für die Reisefreiheit, für die deutsche Einheit. Jede Veränderung verstärkte die Euphorie: Die Ausreise der Botschaftsbesetzer aus Prag, Budapest und Warschau, der Sturz Honeckers, der Rücktritt des Politbüros, die Grenzöffnung gen Westen, die Einsetzung der Runden Tische als Nebenregierungen auf allen Ebenen, die Aussicht auf freie Wahlen.

Seit dem Ende der DDR, also seit gut 35 Jahren, werden DDR- und Wendezeit kontinuierlich aufgearbeitet. Seit April 2024 sind Sie selbst nun Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur speziell in Sachsen-Anhalt. Welchen noch immer offenen Fragen stehen Sie hier gegenüber? Wie kann die Aufarbeitung dazu beitragen, die Demokratie von heute zu schützen?

Die vollständige Beantwortung dieser Frage würde den Rahmen sprengen. Wir haben in den letzten dreieinhalb Jahrzehnten unterschiedliche Phasen der Aufarbeitung der SED-Diktatur erlebt. Heute sind wir in einer Phase, in der es vor allem darum geht, warum sich in einer Gesellschaft eine Diktatur so lange halten kann. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sich viele Menschen unterordnen, aber auch damit sich eine ausreichend große Zahl an der Diktatur beteiligt? Und diese Fragen passen ja gut in unsere Zeit, in der auf unterschiedlichen Seiten Menschen befürchten, dass die Demokratie angreifbar

ist. Warum halten Menschen die Diktaturen der Vergangenheit für das geringere Übel im Vergleich zur Demokratie der Gegenwart? Warum wollen Menschen die Demokratie schützen mit Mitteln, die dieser widersprechen?

Doch es geht mir bei meiner Arbeit als Landesbeauftragter vor allem auch um die Betroffenen und die Opfer der SED-Diktatur. Das sind ehemalige politische Häftlinge und Menschen, die Opfer sogenannter Zersetzungsmaßnahmen der Stasi waren. Und solche, die schon als Schüler politisch verfolgt und ihrer Bildungschancen beraubt wurden. Das sind auch Doping-Opfer oder Opfer einer mit Hepatitis-C-Viren-verseuchten Impfung, der Anti-D-Immunprophylaxe. Und Menschen, die ihre Kindheit und Jugend in Jugendwerkhöfen und Spezialkinderheimen verbringen mussten, Frauen in den geschlossenen venerologischen Stationen, Opfer sexueller Gewalt in staatlichen Einrichtungen und Opfer von Zwangsumsiedlungen. Viele haben bis heute mit vielfältigen gesundheitlichen und sozialen Folgen zu kämpfen. Und nicht selten müssen sie jetzt als Bittsteller selbst die Kausalität ihrer Folgeschäden nachweisen und ihre Anerkennung mühsam und langwierig vor Gericht erstreiten.

Wenn sich der Rechtsstaat hier großzügig erweisen, Verantwortung übernehmen und die Opfer in ihrer Würde ernstnehmen und bestärken würde, zeigte sich ihnen die Demokratie mit lächelndem Gesicht.

Das Interview führten Stefanie Böhme und Dr. Stefan Müller.

Paukenschlag nach der Wahl

Bei der Landtagswahl 1994 lagen CDU und SPD im Ergebnis fast gleichauf. Die schwierige Regierungsbildung führte im Landtag nach drei Wahlgängen um das Amt des Ministerpräsidenten zum sogenannten Magdeburger Modell.

Vor 30 Jahren, am 26. Juni 1994, waren 2 155 841 Menschen in Sachsen-Anhalt aufgerufen, einen neuen Landtag zu wählen. Lediglich 54,8 Prozent von ihnen machten Gebrauch von ihrem Wahlrecht, obwohl nur wenige Jahre zuvor in der noch bestehenden DDR Millionen Bürger freie demokratische Wahlen gefordert hatten. Hohe Arbeitslosigkeit, eine schlechte wirtschaftliche Lage sowie die Arbeit der CDU/FDP-Regierung, die in vier Jahren drei Ministerpräsidenten hervorbrachte, führten zu einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zu Wahlmüdigkeit.

So war es keine Überraschung, dass die CDU (1990 noch 39,0 Prozent) fast fünf Prozentpunkte im Wahlergebnis (34,4 Prozent) einbüßte, und es ihr Koalitionspartner FDP (13,5 Prozent 1990) mit nur 3,6 Prozent gar nicht mehr in den Landtag schaffte. SPD und PDS konnten ihr Ergebnis um je acht Prozentpunkte steigern und kamen auf 34 bzw. 19,9 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen stagnierten in ihrem Ergebnis und schafften mit 5,1 Prozent nur knapp den Wiedereinzug in den Landtag. Obwohl die Christdemokraten mit einem hauchdünnen Vorsprung Wahlsieger geworden waren, ließ der bisherige SPD-Oppositionsführer Dr. Reinhard Höppner schon unmittelbar nach der Wahl keinen Zweifel daran, dass er nach Dr. Christoph Bergner (CDU) neuer Regierungschef werden wollte.

Der Weg zu diesem Ziel war nicht einfach. Mit den Bündnisgrünen war sich die SPD schon vor der Wahl einig gewesen, aber das Wahlergebnis reichte nicht für eine Mehrheitskoalition der beiden, und eine

Koalition mit der PDS, der Nachfolgepartei der DDR-Staatspartei SED, galt als Tabubruch und kam nicht in Frage. Die Lösung hieß Minderheitsregierung unter Duldung der PDS. Der PDS-Landeschef Roland Claus hatte im Wahlkampf als erster diese Möglichkeit ins Spiel gebracht und damit die rot-grünen Hoffnungen auf einen Machtwechsel befördert.

Mit großer Spannung und beträchtlichem Medieninteresse wurde in dieser Situation die konstituierende Sitzung des Landtags am 21. Juli 1994 erwartet. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Ministerpräsidenten. Bergner oder Höppner? Das war die entscheidende Frage, die nach einer turbulenten Elf-Stunden-Sitzung entschieden wurde. Bevor der zuvor wiedergewählte Landtagspräsident Dr. Klaus Keitel (CDU) das Ergebnis verkünden konnte, waren hitzige Debatten über verfassungsrechtliche Fragen mit gegenseitigen Vorwürfen sowie drei Wahlgänge über die Bühne gegangen.

Von den 99 Abgeordneten des neuen Landtags waren 95 anwesend. Nach der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt galt der Kandidat als gewählt, der im ersten oder zweiten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der Abgeordneten (also 50) auf sich vereinigt. Das erreichten weder Höppner (40 Stimmen im ersten, 45 im zweiten Wahlgang) noch Bergner (38 bzw. 37). Nach der Verfassung musste nach zwei gescheiterten Wahlgängen über die vorzeitige Auflösung des Landtags entschieden werden. Auch darüber wurde heftig gestritten. Die CDU war für die Auflösung des Parlaments, 58 Abgeordnete stimmten dagegen.



Der SPD-Politiker Reinhard Höppner (hier bereits 1992) führte ab 1994 für acht Jahre eine rot-grüne Minderheitsregierung an.

So war der Weg frei für den finalen dritten Wahlgang, in dem die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen über den Erfolg entscheiden sollte. Für Höppner stimmten 48 Abgeordnete, für Bergner 37 bei 10 Enthaltungen. Damit war der SPD-Politiker als vierter Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt nach der Wiedergründung des Landes gewählt. Er führte zwei Minderheitsregierungen unter Tolerierung der PDS bis 2002, was als Magdeburger Modell in die Parlamentsgeschichte einging.

Wolfgang Schulz

Direkte Demokratie für Bürger

Vor 30 Jahren hat der Landtag das „Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid“ beschlossen. Bisher wurden 15 Mal diese Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung genutzt.

In der parlamentarischen Demokratie sind die Abgeordneten Beauftragte des Volkes, die dessen politischen Willen in Gesetze für das Zusammenleben umsetzen. In Deutschland geschieht das für Bundesgesetze im Bundestag und für die Landesgesetze in den Landtagen. Kein anderes Gremium kann Gesetze erlassen. Die Abgeordneten agieren also stellvertretend für das Volk, das sie gewählt hat.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat jedoch – wie die anderen Parlamente in Deutschland auch – mit dem sogenannten Volksabstimmungsgesetz die Möglichkeiten geschaffen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger zwischen den Wahlen an der Willensbildung direkt beteiligen können. Vor 30 Jahren, am 27. Mai 1994, wurde dafür vom Landtag das „Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid“ beschlossen, das heute in der Fassung vom 20. März 2020 Gültigkeit hat. Die Sachsen-Anhalter können damit bestimmte Sachfragen an sich ziehen und unmittelbar selbst entscheiden oder den Landtag zwingen, über ein landespolitisches Problem zu beraten.

In Sachsen-Anhalt gab es seit der ersten Wahlperiode zehn Volksinitiativen und vier Volksbegehren. Ein Volksentscheid über die Ausweitung der Kinderbetreuung scheiterte 2005 an zu geringer Wahlbeteiligung.

Mit der Volksinitiative können Bürger Themen benennen oder einen Gesetzentwurf vorlegen, mit denen sich der Landtag befassen soll. Diesen Akt müssen mindestens 30 000 Wahlberechtigte

per Unterschrift unterstützen. Wird die Unterschriftenzahl nicht erreicht, wird die Volksinitiative wie eine Sammelpetition behandelt und in den Petitionsausschuss überwiesen. Themen der Volksinitiativen waren unter anderem unsoziale Mieten, der Bau der Südharz-Autobahn, die Kinderbetreuung und Schulentwicklung sowie die Straßenausbaubeiträge. In sieben Fällen wurden die Quoren erreicht, in drei Fällen nicht.

Ein sehr beeindruckendes Beispiel für eine erfolgreiche „Einmischung“ der Bürgerinnen und Bürger in die politische Willensbekundung durch die direkte Demokratie ist die Volksinitiative „Faire Straße – gemeinsam gegen Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt“. Nach dem Kommunalabgabengesetz von 1996 mussten Anlieger teils sehr hohe Beiträge zum Straßenausbau an ihren Grundstücken bezahlen. Dagegen regte sich großer Widerstand, der 2019 in der Volksinitiative mündete. Der Landtag befasste sich mit dem Anliegen und beschloss im Dezember 2020 fraktionsübergreifend ein Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Durch das Volksbegehren besteht die Möglichkeit, die Gesetzesinitiative direkt zu ergreifen. Es ist darauf ausgerichtet,

ein Landesgesetz zu erlassen, zu ändern oder aufzuheben. Dafür muss ein ausformulierter und mit einer Begründung versehener Gesetzentwurf vorgelegt werden. Der Antrag auf ein Volksbegehren muss die Unterstützung von 7 Prozent der Wahlberechtigten per Unterschrift beinhalten. Sind alle Voraussetzungen erfüllt, muss der Landtag den Gesetzentwurf in zwei Beratungen behandeln. Die bisherigen Volksbegehren in Sachsen-Anhalt zur Kinderbetreuung, zu Gemeindestrukturen und zum Schulgesetz waren nicht erfolgreich.

Wenn per Volksbegehren ein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht worden ist, dieser aber nicht innerhalb von vier Monaten unverändert vom Landtag angenommen wird, kommt es zum Volksentscheid. Das Volk kann sich also über das Votum des Landtags hinwegsetzen. Haben mindestens 25 Prozent aller Wahlberechtigten mit Ja gestimmt, ist der Gesetzentwurf angenommen. Entschieden wird beim Volksentscheid meist nicht nur über den Gesetzentwurf aus dem Volksbegehren, sondern parallel über einen Alternativentwurf, den der Landtag vorgelegt hat. In diesem Fall ist der Gesetzentwurf angenommen, der die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint.

Wolfgang Schulz

Das Bündnis „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ setzte sich 2017 mit einer Volksinitiative für mehr Lehrkräfte in den Schulen des Landes ein.





Kaum zu glauben, dass der idyllische Badesee Förstergrube bei Sandersdorf einst bergbaulich genutzt wurde.

Stadt Sandersdorf-Brehna – seit 2009 im Aufschwung

Unweit von Bitterfeld liegt die Stadt Sandersdorf-Brehna, die das einstige Schmuddel-Image der Region längst abgelegt und sich zu einem attraktiven Wohn- und Industriestandort in der Metropolregion Mitteldeutschland gemauert hat.

Die Bindestrich-Stadt im Ballungsraum Halle-Leipzig gibt es erst seit 2009, als sich im Zuge von Sachsens Gemeindegebietsreform acht Ortschaften (Brehna, Roitzsch, Petersroda, Glebitzsch, Heidehlo, Ramsin, Renneritz und Zscherndorf) mit dem Hauptort Sandersdorf zur Stadt Sandersdorf-Brehna vereinten. Deren 15-jähriges Jubiläum wurde im Sommer 2024 mit einer festlichen Gala gefeiert, bei der Bürgermeisterin Steffi Syska ein positives Bild von der Zukunft und

dem Potenzial der Kommune zeichnete. Knapp 82 Quadratkilometer groß, leben dort rund 15 000 Einwohner in einer Stadt, die in ihrem Wappen nicht verleugnet, dass über Jahrzehnte hinweg der Bergbau die Hauptbeschäftigung der Bewohner war.

Obwohl als Stadt noch recht jung, kann Sandersdorf-Brehna mit ihren einzelnen Ortschaften auf eine reiche Geschichte zurückblicken. So stammt die erste schriftliche Erwähnung der Grafschaft

Brehna aus dem Jahr 1053, die des Ortes von 1142. Schon 1220 erhielt Brehna Stadtrecht, das fast 800 Jahre später beim freiwilligen Zusammenschluss auf die Stadt Sandersdorf-Brehna übertragen wurde. Zuvor aber war Brehna mehr als drei Jahrhunderte lang Standort eines wohlhabenden Klosters, dessen bekannteste Schülerin Katharina von Bora, die spätere Ehefrau von Martin Luther, war. Die Beziehungen zu Sandersdorf sind seit mehr als 650 Jahren belegt, wurde der Ort doch bereits damals in den Urkunden



Die Schmidt-Mühle – ein Wahrzeichen der ehemaligen Stadt und heutigen Ortschaft Brehna.
Die denkmalgeschützte Stadt- und Klosterkirche in Brehna ist als Autobahnkirche täglich geöffnet.

des Klosters Brehna erwähnt. „650+1“ lautete daher auch das Motto des besonderen Jubiläums, das Sandersdorf im August feierte, bei dem ein Geheimnis um das wahre Alter des Ortes gelüftet wurde: 650, 650+1 oder gar 800 Jahre? Anders als vordem angenommen, erfolgte die früheste urkundliche Erwähnung tatsächlich in einer 1373 ausgestellten Urkunde, fand Stadtarchivarin Anja Aschenbach heraus, sodass Sandersdorf im Jahr 2024 nun mit einem 650+1-jährigem Ortsjubiläum geehrt wurde.

Ein weiterer Höhepunkt der sommerlichen Festwoche: Sandersdorf setzte dem berühmtesten Sohn des Ortes ein Denkmal. Dort wurde 1692 nämlich Johann Gottfried Schnabel geboren, der als Schriftsteller der Aufklärung unter dem Pseudonym Gisander mit seinem Roman „Insel Felsenburg“ den Begriff der Robinsonade prägte. In Bronze gegossen, wird fortan vor dem Rathaus an Schnabels kurze Kindheitszeit in Sandersdorf erinnert.

Damals dürfte sein Geburtsort ein noch deutlich anderes Antlitz als heute gehabt haben, war das Dorf doch über Jahrhunderte hinweg stark landwirtschaftlich geprägt. Um 1850 lebten dort lediglich rund 300 Einwohner, 50 Jahre später aber waren es bereits etwa 3 000. Denn mit der einsetzenden Industrialisierung Deutschlands und dem damit einhergehenden wachsenden Energiebedarf war die „schwarze Erde“ auch rund um Sandersdorf immer interessanter geworden, was einen enormen Arbeitskräftebedarf mit sich brachte.

Im Gebiet um Sandersdorf befindet sich die Wiege des Braunkohlebergbaus im Bitterfelder Revier, betont die LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, seit 1994 verantwortlich für die Gesundung der einstigen ostdeutschen Braunkohleregionen) in einer Publikation zu „Wandlungen und Perspektiven“ der Ortschaften Sandersdorf und Köckern. Im Verlauf von über hundert Jahren seien bei

Sandersdorf zahlreiche Tagebaue aufgeschlossen worden, reichten die Gruben wie kaum an einem anderen Ort des Bitterfelder Reviers oft bis wenige Meter an die Wohnbebauung des Ortes heran und umgaben diesen schließlich fast vollständig. Nachdem in Sandersdorf 1842 die industrielle Braunkohlegewinnung begonnen hatte, waren um 1910 in der Gemarkung zeitgleich bereits zehn Tagebaue in Betrieb. Zwar wurden ihnen viele der zuvor landwirtschaftlich genutzten Äcker, Wiesen und Wälder geopfert, doch hatte das Dorf selbst Glück, musste nicht wie andere den vorrückenden Baggern weichen, wurde aber immer mehr zu einer Insel inmitten der Tagebaue. Zu den Gruben gesellten sich Brikettfabriken, Kesselhäuser und Ziegeleien. Sandersdorf wurde von einem kleinen landwirtschaftlich geprägten Dorf zu einem großen Industrieort. Wie der heutige Hauptort der Stadt Sandersdorf-Brehna geriet auch die benachbarte Ortschaft Zscherndorf in eine ähnliche Lage, war Anfang des >>>

>>> 20. Jahrhunderts ebenfalls fast vollständig vom Bergbau umringt. Dort, wie auch um die Ortschaft Roitzsch, endete Mitte der 1950er Jahre der Kohleabbau, während der Tagebau bei Köckern als letzter in der Region erst 1982 abgeschlossen, die erste Kohle dort 1985 gefördert, die Grube in Folge des politischen und wirtschaftlichen Wandels um 1990 aber vorzeitig stillgelegt wurde.

Was blieb vom Bergbau in der Region? Allein um Sandersdorf und Köckern waren rund 4 600 Hektar Kulturlandschaft bergbaulich beansprucht worden. Ehemalige ausgekohlte Gruben wurden teils mit Abraum und auch anderen Abfällen verfüllt, sind heute wieder bebaut oder land- und frostwirtschaftlich genutzt. Andere „Restlöcher“ wurden durch Grund- und Niederschlagswasser geflutet. Gewiss, die auf dem Gebiet der heutigen Stadt Sandersdorf-Brehna entstandene kleine Seenlandschaft hat im Vergleich zur benachbarten Goitzsche kleinere Dimensionen, spiegelt aber auch die lange und wechselvolle Geschichte des Bergbaus wider und bietet durchaus attraktive Angebote für Freizeit und Erholung. So baden und tauchen im einstigen Tagebau bei Sandersdorf heute bei Weitem nicht nur Wasserratten aus der Umgebung. Dort begrüßt man nicht selten auch „exotische Gäste“, etwa aus Schweden oder Kanada, berichtet die Dame am Einlass des Strandbads „Förstergrube“ und schwärmt vom klaren Wasser des 49 Hektar großen Badesees unweit der A 9, zu dem auch ein Camping-Resort und eine Tauchbasis gehören.

An andere Gewässer kommen Erholungssuchende für Naturbeobachtungen, zum Angeln, Radeln oder Wandern. Auch die einstige Grube „Vergissmeinnicht“ bei Zscherndorf ist vor allem bei Anglern beliebt. Als Badesees wegen der abfallenden Böschung und Bauschutt-ablagerungen nicht geeignet, lässt sich dieser einstige Baggersee nicht nur auf einem 3,5 Kilometern langen Spazierweg umrunden, sondern lädt auch ein



Das Rathaus in Sandersdorf ist der Hauptverwaltungssitz der Stadt Sandersdorf-Brehna.

in die barrierefreie „Bildungslandschaft Postgrube“. Denn dort wurden in den vergangenen Jahren viele Bäume angepflanzt, eine Streuobstwiese mit Apfel-, Kirsch-, Birnen-, Pfirsich- und Pflaumenbäumen sowie Beerensträuchern angelegt, entstanden ein Bürgergarten mit Nistkästen und Insektenhotel sowie mit Bänken zum Verweilen. Informationstafeln bieten Wissenswertes über die Lebensweisen von Eidechsen, Wildbienen und Fledermäusen sowie über die Entstehung der Bildungslandschaft Postgrube, die 2023 im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt als „Naturstadt Sandersdorf-Brehna“ ausgezeichnet wurde.

Tier- und Vogelliebhaber können auch in der Ortschaft Brehna selten zu sehende geflügelte Exemplare aus der Nähe betrachten – auf dem Eulenhof einer Familie, die auf ihrem Grundstück unter anderem mehreren Arten dieser als weise geltenden Tiere ein Domizil bietet und Besucher alljährlich zu Tagen der offenen Tür einlädt. Anziehungspunkte zum Tag des offenen Denkmals sind in der Ortschaft Brehna stets auch deren Mühlen. Einst gab es davon sieben in der

Stadt, geblieben sind zwei. Darunter die Schmidtsche Bockwindmühle an der B 100, ein Wahrzeichen von Brehna.

Das älteste Gebäude von Brehna aber ist die Stadt- und Klosterkirche. Seit 2003 steht sie Besuchern als eine von mehr als 40 Autobahnkirchen in Deutschland jeden Tag offen. Unweit davon kündigt auf dem Brehnaer Marktplatz eine Kursächsische Postmeilensäule davon, dass man von hier bis beispielsweise Torgau 13 und 7/8 Stunden zu Fuß unterwegs sei. Bei dem Obelisk mit dem polnisch-sächsischen Wappen von August dem Starken handelt es sich jedoch nicht um das Original aus dem Jahr 1732, sondern um eine kunstvolle Reproduktion von 1960. Sie zeugt aber nach wie vor davon, dass sich in Brehna schon früher wichtige Handelswege kreuzten. Mit dem Bau der Berlin-Kasseler-Staatschaussee, der heutigen B 100, wurden im Abstand von jeweils 15 Kilometern Pferdewechsel erforderlich – zwischen Halle und Bitterfeld auch einer bei Brehna. Außer dem Carlsfeld benannten Pferdewechsel entstanden Poststation und Gasthaus. Die heute unter Denkmalschutz stehenden Gebäude



Die kursächsische Postdistanzsäule am Brehnaer Markt.

„Am Torbogen“ in Glebitzsch hat die Stadt Sandersdorf-Brehna ein neues Baugebiet für Eigenheime erschlossen.



waren danach 160 Jahre lang medizinische Heil- und Pflegeeinrichtungen, wobei Teile des Klinikareals als privates Pflegeheim weiter genutzt werden.

Nach wie vor profitiert die Stadt Sandersdorf-Brehna von ihrer guten Verkehrslage direkt an der A 9 München-Berlin, von ihrer Nähe zum Autobahnkreuz Schkeuditz und zum Flughafen Leipzig/Halle sowie ihrer Anbindung an die beiden Bundesstraßen 100 und 183. Auch die Eisenbahnstrecke Berlin-Halle tangiert die Stadt, S-Bahnen fahren regelmäßig vom Bahnhof Roitzsch und dem Haltpunkt Brehna nach Halle. Auch dank dieser Verkehrsinfrastruktur hat sich die Stadt zu einem leistungsfähigen und modernen Wirtschaftsstandort entwickelt. Wie einst Tagebaue, befinden sich rundum nun Gewerbe- und Industriegebiete, wie das „An der Hermine“ sogar nach einer früheren Grube benannte Areal. Der Technologie-Park Mitteldeutschland wird von den Städten Bitterfeld-Wolfen und Sandersdorf-Brehna als Verbandsmitglieder gemeinsam verwaltet und vermarktet. Durch seinen strategisch günstigen Anschluss an die A 9 war auch das Industriegebiet

Brehna interessant für Investoren, zumal in der Stadt ein Gewerbesteuersatz von nur 360 Prozent gilt.

Die günstige Lage dieses Standortes war schon unseren Vorfahren bewusst, war das Gebiet doch seit dem 4. Jahrtausend vor Christus besiedelt. Wie jüngste archäologische Grabungen bestätigten, befand sich dort schon während der Bronzezeit eine große Siedlung mit einer Handwerkerzone, in der vor allem Salz gesotten wurde.

Handwerk gehört auch heute noch zu einer der tragenden Wirtschaftssäulen in Sandersdorf-Brehna. Insgesamt aber mache die Vielseitigkeit der Wirtschaftsstruktur, der Mix aus großen und kleinen innovativen Unternehmen, lebendigem Mittelstand und hervorragend qualifizierten Arbeitskräften die Stadt zu einem attraktiven Standort mit exzellenten Perspektiven für eine berufliche und familiäre Entwicklung, ist Bürgermeisterin Steffi Syska überzeugt. Mit sechs Kindertagesstätten, drei Grundschulen und drei Horten, einer Sekundarschule, einem Jugendclub, drei Bibliotheken und fünf Pflegeheimen gebe es zudem

für jede Familie ein umfangreiches Bildungs-, Erziehungs-, und Sozialangebot. Für den Freizeitspaß von Klein und Groß gebe es in den Ortschaften insgesamt 24 Spielplätze, darunter auch eine Workout-Anlage in Sandersdorf und eine Mini-Skateranlage in Zscherndorf.

Gudrun Oelze

Restaurierte Dükertürme unweit von Sandersdorf künden als Sachzeugen vom einstigen Braunkohlebergbau im Bitterfelder Revier.



Frauen als Abgeordnete im ersten Deutschen Bundestag

Als am 7. September 1949 der erste Deutsche Bundestag zusammenkam, waren unter den 410 gewählten Abgeordneten gerade einmal 28 Frauen. Obwohl die Zahl während der Legislaturperiode auf 38 anstieg, hatten sie es schwer, politisch in Erscheinung zu treten. Sie schienen im politischen Alltag der jungen Bundesrepublik nicht vorgesehen zu sein. Dennoch behaupteten sie sich in ihren Fraktionen, Ausschüssen und im parlamentarischen Alltag. Diese Frauen waren Pionierinnen im Deutschen Bundestag. Sie haben Krieg, Entbehnungen und nicht selten Verfolgung erlebt. Diese Erfahrungen prägten oft ihr späteres politisches Engagement. Wer aber waren diese Frauen, von denen nicht einmal die Namen einem größeren Publikum bekannt sind? Was wollten sie mit ihrer Arbeit im Parlament erreichen? Antworten auf diese Fragen gibt dieses wichtige Buch, welches den ersten Frauen im Deutschen Bundestag ein literarisches Denkmal setzt und das an ihre persönlichen Geschichten und ihre Verdienste erinnert.

Beate Grau

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Der nächste Redner ist eine Dame. Die Frauen im ersten Deutschen Bundestag. Berlin: Ch.Links Verlag, 2024.

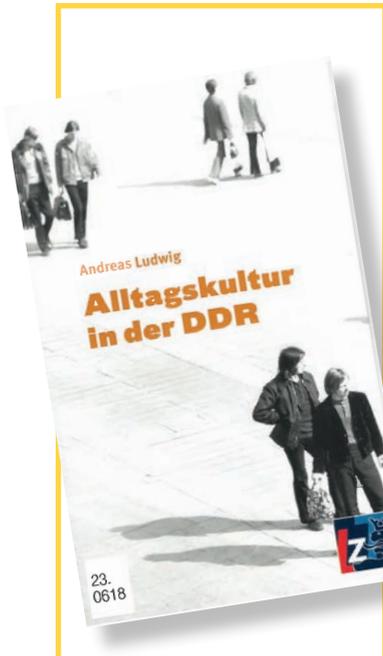


Wichtiger Zugang zu einem Teil deutsch-deutscher Geschichte

Die DDR gibt es seit über 30 Jahren nicht mehr – die Prägungen breiter Teile der Bevölkerung in den „neuen Ländern“ durch die vergangenen „Erlebniswelten“ jedoch wirken bis in die Gegenwart hinein. Das vorliegende Buch widmet sich dem politischen und vor allem gesellschaftlichen System mit einer Betrachtung wesentlicher Elemente der Alltagskultur, vom Wohnen, der Arbeitswelt über die Mühen und Nöte der Versorgung zum Alltag im allgegenwärtigen Kollektiv und den staatlichen Macht- und Kontrollinstrumenten, der Einbindung in Massenorganisationen, der Propaganda bis hin zur strikt auf die „sozialistische Persönlichkeit“ ausgerichteten Bildung und Erziehung. Kontextbezogene Fotografien ergänzen den eindrucksvollen Blick auf das Innere der DDR-Gesellschaft, die sechzehn Kapitel zur Alltagskultur ermöglichen außerdem auch den Nachgeborenen einen wichtigen Zugang zu diesem Abschnitt deutsch-deutscher Geschichte.

Michael Rahmfeld

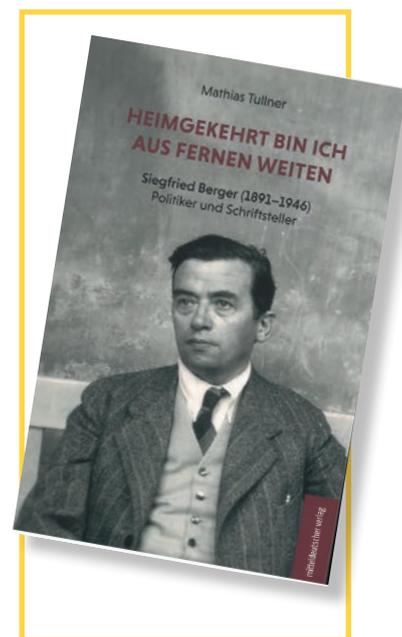
Andreas Ludwig: Alltagskultur in der DDR. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 2023.



Biographie über einen Gründungsvater unseres Landes

Wer war Siegfried Berger? Bis auf wenige wissenschaftlich oder historisch-politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger kennen diesen vielseitig begabten und wirkungsmächtigen Politiker, Verwaltungsbeamten und Schriftsteller nur die wenigsten. Der ausgewiesene Landeshistoriker Mathias Tullner hat 2024 eine Biografie Siegfried Bergers vorgelegt, die ihn als einen der „Gründungsväter“ des heutigen Landes Sachsen-Anhalt ausweist. Denn dieser war von 1927 bis 1929 führend an der Entwicklung des „Sachsen-Anhalt-Plans“ beteiligt, der die staatliche Zersplitterung des mitteldeutschen Raumes überwinden sollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm er regen Anteil an der Entstehung Sachsen-Anhalts unter den einschränkenden Bedingungen der Besatzungszeit. Die vom Mitteldeutschen Verlag herausgegebene Studie ist ein wichtiger Beitrag zur jüngeren Geschichte unseres Bundeslandes. Michael Rahmfeld

Mathias Tullner: Heimgekehrt bin ich aus fremden Welten. Siegfried Berger (1891–1946), Politiker und Schriftsteller. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 2024.



Praktische Beispiele und Anekdoten: Politik hinter den Kulissen

Nein, bei diesem Buch handelt es sich nicht um einen Krimi, auch wenn der Titel das vermuten lassen könnte. Marietta Slomka, bekannte Fernsehjournalistin und Autorin, hat vielmehr ein Sachbuch für Menschen geschrieben, die mehr über Politik und ihre Funktionsweise wissen möchten. Die Autorin, die schon lange über den Politikbetrieb berichtet und weiß, wie es hinter den Kulissen abläuft, erklärt Politik locker und verständlich anhand praktischer Beispiele und vieler Anekdoten. So ist dieses Buch vor allem für Einsteiger in dieses Thema geeignet und kann auch durchaus für den politischen Unterricht empfohlen werden. Beate Grau

Marietta Slomka: Nachts im Kanzleramt. Alles, was man schon immer über Politik wissen wollte. München: Droemer, 2024.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)

Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Das lebendige Gedächtnis

Seit 30 Jahren engagieren sich ehemalige Abgeordnete des Landtags in einem Verein, um mit ihren Erfahrungen die parlamentarische Demokratie zu fördern. Aktuelles Projekt: als Zeitzeugen in Schulen zu Gast sein.

Nach dem Ende der ersten Legislaturperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt 1994 war es für zahlreiche ausgeschiedene Abgeordnete ein Herzensbedürfnis, mit der politischen Arbeit weiterzumachen und ihre Erfahrungen aus vier Jahren echter Demokratie auf vielfältigen außerparlamentarischen Wegen zu vermitteln. Sie gründeten die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt, die 1995 in das Vereinsregister eingetragen wurde und die im nächsten Jahr als Parlamentarische Vereinigung Sachsen-Anhalt e. V. ihren 30. Jahrestag begeht.

Der Verein hat heute rund 50 Mitglieder, die zwischen 1990 und 2016 als Mitglieder der verschiedenen Fraktionen dem Landtag angehörten, wie die am 21. Oktober 2024 gewählte Präsidentin Carmen Niebergall berichtet. Den Verein zeichne eine ganze Reihe von Aktivitäten aus, sagt sie. „In der Parlamentarischen Vereinigung wird der überparteiliche Gedankenaustausch zu aktuellen politischen Fragen untereinander und mit aktiven Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung gepflegt.“ Hinzu kämen Begegnungen und Diskussionen mit gleichgelagerten Vereinigungen in den anderen Bundesländern und im Ausland.

Zu den Sachthemen, die in Mitgliederversammlungen, in Diskussionsrunden oder auf Reisen behandelt wurden, gehören die medizinische Versorgung, die Schulpolitik, die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, um nur einige zu nennen. Für Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff sind „die ehemaligen Abgeordneten mit ihrem



Das Präsidium der Parlamentarischen Vereinigung Sachsen-Anhalt e. V. (v.l.n.r.): Schatzmeisterin Christel Vogel (MdL 2002 bis 2006), Beisitzer Dr. Ronald Brachmann (MdL 1998 bis 2002, 2006 bis 2016), Beisitzerin Verena Wicke-Scheil (MdL 2011 bis 2016), die Präsidentin Carmen Niebergall (MdL 1994 bis 2002), Beisitzerin Eva Wybrands (MdL 2002 bis 2006). Es fehlt Schriftführer Ulrich-Karl Engel (MdL 1990 bis 1998).

Wissen und ihren Erinnerungen das lebendige Gedächtnis des Parlamentarismus im Land“.

Gegenwärtig bereitet das Präsidium des Vereins als wohl bisher wichtigstes und zeitintensivstes Projekt eine Initiative zur Bildungspolitik vor. „Ehemalige Abgeordnete sollen als Zeitzeugen der Demokratie in Schulen auftreten“, haben Niebergall und Schriftführer Ulrich-Karl Engel vorgeschlagen und daraufhin spontan von mehr als 15 Vereinsmitgliedern die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit erhalten. Ende September soll es mit ihnen den ersten Erfahrungsaustausch geben. Danach folgen, so Niebergall, Absprachen mit dem Bildungsministerium, dem Landesschulamt und natürlich mit den Schulen. „Wir möchten uns bei den Besuchen in Schulklassen durch die Vermittlung der Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe in einem demokratischen Gemeinwesen in die schulische Bildung einbringen und so zur Stärkung

einer wehrhaften Demokratie beitragen“, begründet die amtierende Vereinspräsidentin den Einsatz ihrer „Zeitzeugen der Demokratie“.

Noch in diesem Jahr wollen die interessierten Vereinsmitglieder mit diesem Angebot an Schulen herantreten, zu denen sie persönliche Kontakte haben, und anbieten, in bis zu drei schulischen Veranstaltungen aufzutreten. Das Angebot richte sich sowohl auf Projektwochen als auch auf den Unterricht und umfasse Gymnasien, Ganztagschulen und auch Berufsschulen.

Das 30-jährige Jubiläum im nächsten Jahr soll mit einer besonderen Mitgliederversammlung begangen werden, sagt Carmen Niebergall, will aber noch nichts verraten. Sie hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit mit den aktuellen Abgeordneten: „Wir wollen den Landtag umarmen, ohne ihn zu erdrücken.“

Wolfgang Schulz



BAUSTELLE LANDTAG

Große Veränderungen stehen für den Gebäudekomplex Domplatz 6–9 bevor: Der Landtag wird in einer umfangreichen Baumaßnahme unter anderem das Foyer umgestalten und neue sicherheitstechnische Maßnahmen umsetzen.

Die Baumaßnahme GNUE „Sicherheitstechnische Maßnahmen Landtag“ nimmt weiter Fahrt auf und die baulichen Aktivitäten werden auch im Haus immer deutlicher wahrnehmbar. Der Umbau des Garagentracts zur Technikzentrale führt unter anderem auch zum Verlust wichtiger Lagerflächen. Um dies zu kompensieren, erhält der ehemalige Garagentrakt einen kleinen Anbau an dessen Stirnseite. Mitte September 2024 begannen die ersten Schachtarbeiten für das Fundament (Bilder 1–3). Hier sollen künftig größere Gerätschaften der Landtagsverwaltung, wie der Kleintraktor und diverse Reinigungsgeräte, einen schützenden Unterstand finden.

Im August 2024 begannen die Abbrucharbeiten im Nordeingangsbereich. Um den Innenbereich zu schützen, wurde eine Holzwand installiert (Foto 4). Nach erfolgter Entkernung (Bild 5) wurden die Treppenstufen saniert und eine Fensteröffnung zum Nebenraum – dem zukünftigen Pfortnerbereich – hergestellt (Bild 6).

Nach Fertigstellung des Nordeingangs wird dieser während der Umbauarbeiten des Südeingangs und des Foyers als Haupteingang fungieren. Aufgrund von Lieferzeiten der technischen Anlagen, welche am und im Nordeingang verbaut werden, verzögert sich die Fertigstellung um wenige Wochen. Derzeit wird von einer Eröffnung des Nordeingangs im Januar 2025 ausgegangen.



WANN TRIFFT SICH DAS PLENUM?



JANUAR							FEBRUAR							MÄRZ							APRIL							MAI							JUNI											
Mo	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	31	1	8	15	22	29	1	8	15	22	29	5	12	19	26	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	22	23	24	25	26	27			
Di	7	14	21	28	4	11	18	25	4	11	18	25	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24
Mi	1	8	15	22	29	5	12	19	26	5	12	19	26	3	10	17	24	3	10	17	24	7	14	21	28	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	
Do	2	9	16	23	30	6	13	20	27	6	13	20	27	4	11	18	25	4	11	18	25	8	15	22	29	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	
Fr	3	10	17	24	31	7	14	21	28	7	14	21	28	5	12	19	26	5	12	19	26	9	16	23	30	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	
Sa	4	11	18	25	1	8	15	22	1	8	15	22	6	13	20	27	6	13	20	27	10	17	24	31	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28		
So	5	12	19	26	2	9	16	23	2	9	16	23	30	7	14	21	28	7	14	21	28	11	18	25	8	15	22	29	8	15	22	29	8	15	22	29	8	15	22	29	8	15	22	29		

JULI							AUGUST							SEPTEMBER							OKTOBER							NOVEMBER							DEZEMBER																	
Mo	7	14	21	28	4	11	18	25	1	8	15	22	29	1	8	15	22	29	4	11	18	25	4	11	18	25	1	8	15	22	29	1	8	15	22	29	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25
Di	1	8	15	22	29	5	12	19	26	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	5	12	19	26	5	12	19	26	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30	2	9	16	23	30
Mi	2	9	16	23	30	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24	3	10	17	24							
Do	3	10	17	24	31	7	14	21	28	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25	4	11	18	25							
Fr	4	11	18	25	1	8	15	22	29	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26	5	12	19	26							
Sa	5	12	19	26	2	9	16	23	30	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27	6	13	20	27											
So	6	13	20	27	3	10	17	24	31	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28	7	14	21	28											

- Sitzungen Landtag
- Sitzungen Ältestenrat
- Schulferien Sachsen-Anhalt

Plenarsitzungen 2025

23./24.01. 20./21.02. 27./28.03. 13./14.05. 11./12./13.06.
 21./22.08. 11./12.09. 09./10.10. 13./14.11. 16./17./18.12.

